

Geschäftsbericht 2008

Bundesverwaltungsgericht



Einleitung	66
Zusammensetzung des Gerichts	67
Gerichtsorganisation	70
Kommissionen	72
Geschäftslast	73
Koordination der Rechtsprechung	77
Gerichtsverwaltung	77
Aufsicht	80
Zusammenarbeit	81
Projekt St. Gallen	82
Statistiken	84

Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichtgerichts 2008

22. Januar 2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes
erstatten wir Ihnen Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2008.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen
und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüg-
lichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesverwaltungsgerichts

Der Präsident:	Christoph Bandli
Die Generalsekretärin:	Prisca Leu

Einleitung

Die Überführung der eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdedienste in das neu geschaffene Bundesverwaltungsgericht war mit zahlreichen und vielfältigen Problemen verbunden, die nicht alle im ersten Geschäftsjahr gelöst werden konnten. Sie beschäftigten das Gericht, das mittlerweile organisatorisch und ablaufmässig einen Stand erreicht hat, der weitgehend den Erwartungen und Bedürfnissen entspricht, teilweise auch noch im Berichtsjahr. Der im Oktober beschlossene Wechsel der Informatik-Plattform und des Informatik-Leistungserbringers wird in den kommenden zwei Jahren zwar am Gericht Ressourcen binden, ab 2011 ist aber ein Effizienzgewinn zu erwarten. Erstmals hat das Gesamtgericht für 2009 Jahresziele verabschiedet.

Das Gericht konnte sich trotz der vorerwähnten Probleme zunehmend stärker auf die Rechtsprechung konzentrieren. Damit ist ein grosser Schritt hin zum ordentlichen Geschäftslauf gemacht, was sich auch auf die Erledigungszahlen auswirkte. So nahm die Anzahl der erledigten Verfahren gegenüber dem Vorjahr um 1347 (17,8%) zu, und die Anzahl der von den vormaligen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommenen Verfahren ging um 2221 (54,4%) auf 1862 Verfahren zurück. Diese Entwicklung wirkte sich insbesondere im Asylbereich positiv aus, wo die Abteilungen IV und V 4837 Verfahren erledigten, wovon 511 (von 654), die älter als vier Jahre waren (Verfahrenseingang bei der Beschwerdeinstanz). Das Bundesverwaltungsgericht, dessen Abteilungen sich beim Start am 1. Januar 2007 mit zum Teil völlig neuen Rechtsmaterien befasst sahen, wird zunehmend als wichtige Institution der schweizerischen Rechtspflege wahrgenommen.

Der für 2012 geplante Umzug nach St. Gallen beschäftigt das Gericht bereits im weiten zeitlichen Vorfeld. Es gilt nicht nur, den Bau des Gerichtsgebäudes aus Nutzersicht aktiv zu begleiten, sondern auch die erforderlichen logistischen, personellen, finanziellen und organisatorischen Vorbereitungsarbeiten an die Hand zu nehmen; sie werden in Form eines Projekts unter einheitlicher Leitung abgewickelt. Mit einer Informationsveranstaltung im Januar in Bern und einer zweitägigen Informationsreise im September in die Ostschweiz sollte den Richtern und Richterinnen sowie den Mitarbeitenden das Bauprojekt und der neue Standort näher gebracht werden.

Insgesamt ist am Jahresende festzustellen, dass das Bundesverwaltungsgericht in vielen Bereichen – erwähnt seien vor allem die Abläufe bei der Verfahrenserledigung – zu einem ordentlichen Geschäftslauf gefunden hat, während in einigen – zu nennen ist etwa der Belastungsausgleich zwischen den Abteilungen beziehungsweise die Überprüfung der Personalbestände – noch Lücken zu schliessen sind.

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Präsident: Christoph Bandli
Vizepräsident: Philippe Weissenberger

Verwaltungskommission

Präsident: Christoph Bandli
Mitglieder: Philippe Weissenberger
Elena Avenati-Carpani
Bruno Huber
Markus Metz

Präsidentenkonferenz

Präsident: Alberto Meuli, Präsident Abteilung III
Mitglieder: Lorenz Kneubühler, Präsident Abteilung I
Bernard Maitre, Präsident Abteilung II
Claudia Cotting-Schalch, Präsidentin Abteilung IV
Walter Stöckli, Präsident Abteilung V

Stab Leitungsorgane

Generalsekretärin: Prisca Leu
Stellvertreterin: Placida Grädel-Bürki

Abteilungen

Abteilung I

Präsident: Lorenz Kneubühler
Mitglieder: Christoph Bandli
Michael Beusch
Jérôme Candrian
Kathrin Dietrich
Beat Forster
Jürg Kölliker (bis 31.12.; s. auch Abteilung III)
Markus Metz
Pascal Mollard
André Moser
Claudia Pasqualetto Péquignot
Daniel Riedo
Marianne Ryter Sauvant
Thomas Stadelmann
Salome Zimmermann

Abteilung II

Präsident:

Bernard Maitre

Mitglieder:

Maria Amgwerd

David Aschmann

Jean-Luc Baechler

Stephan Breitenmoser

Francesco Brentani

Ronald Flury

Hans-Jacob Heitz (bis 31.12.)

Vera Marantelli

Claude Morvant

Eva Schneeberger

Frank Seethaler

Marc Steiner

Hans Urech

Philippe Weissenberger

Abteilung III

Präsident:

Alberto Meuli

Mitglieder:

Eduard Achermann (bis 31.3.)

Elena Avenati-Carpani

Ruth Beutler

Jean-Daniel Dubey (ab 1.6.; s. auch Abteilung V)

Johannes Frölicher

Madeleine Hirsig-Vouilloz (ab 1.4.; s. auch Abteilung IV)

Antonio Imoberdorf

Jürg Kölliker (bis 31.12.; s. auch Abteilung I)

Stefan Mesmer

Francesco Parrino

Michael Peterli

Franziska Schneider

Andreas Trommer

Vito Valenti (ab 1.8.; s. auch Abteilung IV)

Bernard Vaudan

Blaise Vuille

Beat Weber (ab 1.6.; s. auch Abteilung V)

Abteilung IV

Präsidentin:

Claudia Cotting-Schalch

Mitglieder:

Pietro Angeli-Busi (ab 1.7.)

Gérald Bovier

Robert Galliker

Fulvio Haefeli

Madeleine Hirsig-Vouilloz (bis 31.3.; s. auch Abteilung III)

Walter Lang

Blaise Pagan (ab 1.4.)

Gérard Scherrer

Daniel Schmid

Hans Schürch

Nina Spälti Giannakitsas

Bendicht Tellenbach

Vito Valenti (bis 31.7.; s. auch Abteilung III)

Thomas Wespi

Martin Zoller

Abteilung V

Präsident:

Walter Stöckli

Mitglieder:

Emilia Antonioni (ab 1.5.)

François Badoud

Maurice Brodard

Jenny de Coulon Scuntaro

Jean-Daniel Dubey (bis 31.5.; s. auch Abteilung III)

Gabriela Freihofer (ab 1.6.)

Kurt Gysi

Bruno Huber

Therese Kojic-Siegenthaler

Markus König

Christa Luterbacher

Jean-Pierre Monnet

Regula Schenker Senn

Marianne Teuscher

Beat Weber (bis 31.5.; s. auch Abteilung III)

Zusammensetzung des Gerichts

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 1. Oktober gemäss Vorschlag des Gesamtgerichts für die Amtsdauer 2009/2010 Christoph Bandli zum Präsidenten (Wiederwahl) und Markus Metz zum Vizepräsidenten; Philippe Weissenberger hatte von einer zweiten Amtszeit als Vizepräsident Abstand genommen. Am 19. März wurden Pietro Angeli-Busi, Emilia Antonioni und Gabriela Freihofer, am 1. Oktober Muriel Beck Kadima und am 3. Dezember Alain Chablais zu neuen Mitgliedern des Bundesverwaltungsgerichts gewählt.

Eduard Achermann trat per 31. März und Hans-Jacob Heitz per 31. Dezember in den Ruhestand.

Das Gesamtgericht wählte am 30. Oktober Bruno Huber (bisher) sowie neu Claude Morvant und Bendicht Tellenbach zu Mitgliedern der Verwaltungskommission für die Amtsdauer 2009/2010; Elena Avenati-Carpani hatte nicht für eine zweite Amtsperiode kandidiert.

An seiner Sitzung vom 27. November wählte beziehungsweise bestätigte das Gesamtgericht für die Amtsdauer 2009/2010 die Abteilungspräsidien und nahm die Zuteilung der Richter und Richterinnen auf die Abteilungen vor, wobei es einzig zum Wechsel einer Richterin von der Abteilung V in die Abteilung III kam.

Gerichtsorganisation

Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen in Bern oder Zollikofen und zu einer Retraite in Thun.

Zu den wichtigsten Geschäften zählten die Verabschiedung des Geschäftsreglements, des Informationsreglements, des Reglements über die Verwaltungsgebühren und des Reglements über die Kosten und Entschädigungen; diese Reglemente waren von der vormaligen provisorischen Gerichtsleitung in Kraft gesetzt worden. Sodann beschloss das Gesamtgericht die probeweise Einführung der Heimarbeit; die Probephase ist vorerst bis 31. März 2009 befristet und wird mit Blick auf die definitive Einführung einer Evaluation unterzogen.

Das Plenum befasste sich mit mehreren Wahlgeschäften, zu denen der Vorschlag für die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten für die Amtsdauer 2009/2010 zu Handen der Bundesversammlung zählte. Im Weiteren wurden für diese Periode die Verwaltungskommission (teilweise) neu bestellt, die Abteilungspräsidien, die sich ausnahmslos erneut zur Verfügung stellten, alle in ihrem Amt bestätigt sowie die Zusammensetzung der Abteilungen vorgenommen. Sodann war eine Ersatzwahl für je ein Mitglied der Kommission des Gesamtgerichts und der Schlichtungsstelle vorzunehmen. Schliesslich hat das Gesamtgericht für die Amtsperiode 2009–2012 die Präsidien (Präsident und 2 Stellvertreter) der 13 Schätzungskreise sowie 11 Mitglieder der Oberschätzungskommission wiederbeziehungsweise neu gewählt.

Im November fand in Thun eine eineinhalb Tage dauernde Retraite aller Richter und Richterinnen statt. Das Plenum sprach sich dafür aus, fünf Themenbereiche weiter zu verfolgen beziehungsweise die gewonnenen Erkenntnisse in Form von konkreten Massnahmen umzusetzen: Regelung der Zuständigkeit der Gerichtsorgane; Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit sowie Durchlässigkeit der Abteilungen; Erarbeitung eines Kodex der Richterethik; Optimierung der Ressourcenzuteilung an die Abteilungen (Abgleichung der Personalbestände mit der aktuellen und der erwarteten kurz- sowie mittelfristigen Geschäftslast);

Überprüfung der administrativen Abläufe zwischen dem Generalsekretariat und den Abteilungen.

Das Gesamtgericht beschloss, der Bundesversammlung zwecks beförderlichen Abbaus der Pendenzen eine vorübergehende Erhöhung der Richterstellen von 64 auf 70 beziehungsweise eine Revision der Richterstellenverordnung zu beantragen. Am Ende des Berichtsjahres war das Geschäft im Parlament noch in Behandlung.

Weiter beschloss das Gesamtgericht nach einlässlichen Abklärungen über die Vor- und Nachteile eines Wechsels, sich von der Informatik des Bundesgerichts zu lösen (s. Informatik S. 79).

Schliesslich hat sich das Gesamtgericht erstmals Jahresziele (für 2009) gegeben. Sie beinhalten sowohl Qualitäts- und Leistungsziele in der Rechtsprechung als auch Massnahmen im Personalwesen, wo die Personalerhaltung und -gewinnung im Vordergrund stehen, bei der Organisation (Klärung der Kompetenzen der Leitungsorgane) sowie grosse Projekte wie der IT-Plattformwechsel und die Vorbereitung des Umzugs nach St. Gallen.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission trägt die Verantwortung für die Gerichtsverwaltung. Sie trat im Berichtsjahr zu 24 ordentlichen Sitzungen zusammen.

Neben der Erledigung zahlreicher Tagesgeschäfte hat die Verwaltungskommission mehrere Entscheidungen von grosser Tragweite getroffen. Erwähnt sei die Ausschreibung der Projektleitung für den Umzug nach St. Gallen, eine Grundvoraussetzung dafür, dass das Gericht im Jahr 2012 den Betrieb fristgerecht und möglichst ohne grössere Probleme aufnehmen kann (s. Projekt St. Gallen S. 82). Ein weiteres wichtiges Geschäft war der Plattformwechsel in der Informatik. Wiederholt wurden sodann mit der Kommission des Gesamtgerichts und der Präsidentenkonferenz die Zuständigkeiten der Leitungsorgane thematisiert. Schliesslich befasste sich die Verwaltungskommission mehrmals mit der Frage zusätzlicher Richterstellen.

Die Verwaltungskommission hatte eine Vielzahl von Personalgeschäften zu erledigen. Im Weiteren erarbeitete sie für die Mitarbeitenden Richtlinien für die Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitweisungen und ein Einreichungskonzept. Anhand von Finanz- und Quartalsreportings liess sie sich regelmässig über die Entwicklung insbesondere im Finanz- und Personalwesen sowie über den Geschäftsablauf (Verfahren) orientieren. Eine Veranstaltung zum Themenkreis Kommunikation bezweckte eine vertiefte Einführung und lieferte wichtige Informationen sowie Anregungen für die zu treffenden Massnahmen. Schliesslich liess sich die Verwaltungskommission wiederholt über den Prozess «Organisationsentwicklung und Teambildung» im Generalsekretariat informieren, welcher von einem externen Fachmann begleitet wurde, und befasste sich mehrmals selber mit ihrer Arbeitsweise und ihrem Auftreten dem Gesamtgericht gegenüber.

Die beiden Treffen mit der Präsidentenkonferenz hatten nicht nur aktuelle Fragen von beidseitigem Interesse zum Gegenstand, sondern bildeten darüber hinaus ein wichtiges und willkommenes Gesprächsforum.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz ist namentlich zuständig für die Koordination der Rechtsprechung (s. Koordination der Rechtsprechung S. 77), die Vernehmlassungen des Gerichts zu Erlassentwürfen (s. Vernehmlassungen S. 76) und den Erlass von Weisungen sowie Regeln für die einheitliche Gestaltung der Urteile. Ihre Mitglieder – die vier Abteilungspräsidenten und die Abteilungspräsidentin – kamen im Berichtsjahr zu 13 Sitzungen und 2 gemeinsamen Sitzungen mit der Verwaltungskommission zusammen. Neben der Wahrnehmung der Koordinationsaufgabe war die Präsidentenkonferenz, zusammen mit der Verwaltungskommission als Auftraggeberin, massgebend in die Verabschiedung der Dokumentationspolitik (DocuTAF) des Gerichts eingebunden. Sie wählte sodann die Mitglieder der Redaktionskommission für die Amtszeit 2009/2010.

Kommissionen

Kommission des Gesamtgerichts

Die Kommission des Gesamtgerichts, welche sich aus zehn Richtern und Richterinnen zusammensetzt, hat entsprechend ihrer Aufgabe und Funktion mehrere Geschäfte des Plenums vorbereitet. Dazu zählen namentlich die Anpassungen des Geschäftsreglements und des Reglements über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht. Weiter hat sie sich mit Fragen der Zuständigkeit und Zusammenarbeit der verschiedenen Organe des Gerichts auseinandergesetzt. Auch hat sie Regelungen betreffend die Heimarbeit der Richter und Richterinnen sowie des juristischen, wissenschaftlichen und administrativen Personals ausgearbeitet. Schliesslich leitete die Kommission das gerichtsinterne Verfahren betreffend die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten für die Amtsperiode 2009/2010 bis zur Verabschiedung des Vorschlags zuhanden der Bundesversammlung.

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission ist verantwortlich für die einheitliche und koordinierte Publikation der Entscheide. Sie beschliesst auf Vorschlag einer Abteilung über die Aufnahme von Urteilen in die amtliche Sammlung des Gerichts (BVGE, Entscheide des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts). Sie setzte sich im Berichtsjahr zusammen aus: Richter Vito Valenti (Präsident), Richter Eduard Achermann (bis 31. März), Richterin Kathrin Dietrich, Richterin Nina Spälti Giannakitsas (ab 1. August), Richter Jean-Pierre Monnet und Richter Frank Seethaler. Der Bereich Wissen und Dokumentation führt das Sekretariat.

Die Kommission ist zu 21 Sitzungen zusammengetreten, wobei es hauptsächlich um die Publikation der vorgeschlagenen Urteile ging. Im Weiteren hat sie das Publikationsverfahren überprüft und hinsichtlich der Abläufe Vereinfachungen eingeführt. Insgesamt werden im Berichtsjahr 66 Urteile publiziert. Schliesslich wurden die BVGE-Abonnenten (Stand am 31.12.: 1053) mit dem Schlagwort- und Gesetzesregister für die amtliche Sammlung 2007 beliefert.

Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle, die zur Beilegung von Konflikten zwischen Richtern und Richterinnen angerufen werden kann und sich aus dem Gerichtspräsidenten und je einem Mitglied der Abteilungen (Richter Christoph Bandli, Richterin Jenny de Coulon Scuntaro, Richterin Kathrin Dietrich [Vorsitz], Richter Ronald Flury, Richter Michael Peterli, Richter Hans Schürch) zusammensetzt, kam im Berichtsjahr erstmals zum Einsatz. Sie entspricht also einem Bedürfnis. Um ihre Aufgabe noch besser erfüllen zu können, wurde das Schwergewicht der Tätigkeit auf die Aus- beziehungsweise Weiterbildung der Mitglieder gelegt; vier von ihnen haben einen Kurs in Mediation besucht. Die Vorsitzende der Schlichtungsstelle hat sich mit «Klärungshilfe» befasst, einer eigenständigen Mediationsmethode, die nebst der Lösung eines Konfliktes auch die Auflösung des Konfliktgrundes zum Ziele hat.

Personalkommission

Die Personalkommission nimmt die Interessen der Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichtes wahr und fördert die Zusammenarbeit zwischen der Gerichtsleitung und dem Personal. Sie stand im Berichtsjahr sowohl im regelmässigen Kontakt mit dem Bereich Human Resources und Organisation als auch mit Leitungsorganen des Gerichts. Die Kommission hat sich zu verschiedenen personalpolitischen Themen geäussert; erwähnt seien der interne (Stellen-)Wechsel, die Personalentwicklungsgespräche und die Zielvereinbarungen sowie die Aus- und Weiterbildung, wobei es vereinzelt zu vertiefenden Gesprächen mit dem Generalsekretariat und mit Gerichtsorganen gekommen ist. Nach mehreren Austritten, einem Todesfall und der Wahl von zwei neuen Mitgliedern besteht die Personalkommission aktuell aus elf Personen.

Beauftragte für Chancengleichheit

Am 5. Juni ernannte die Verwaltungskommission Richterin Salome Zimmermann und Gerichtsschreiberin Astrid Dapples-Rathgeb zu Beauftragten für Chancengleichheit. Zuvor hatte das Gesamtgericht der Schaffung dieser Stelle und der Ernennung ihrer Mitglieder durch die Verwaltungskommission zugestimmt.

Die Beauftragten wachen bezüglich der Arbeitsbedingungen über die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann, von Menschen mit Behinderungen, von Angehörigen der verschiedenen Sprachgruppen und Landesgegenden, von Richtern und Richterinnen sowie von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen; ausgenommen ist die Rechtsprechung. Sie wirken zudem als Vertrauenspersonen in Fällen von Mobbing und sexuellen Belästigungen, soweit nicht die Schlichtungsstelle des Bundesverwaltungsgerichts bei Konflikten innerhalb der Richterschaft zuständig ist.

Im Berichtsjahr gaben die Beauftragten für Chancengleichheit Stellungnahmen zum Entwurf für die Richtlinien über die Aus- und Weiterbildung am Gericht und zur Gewährung von bezahltem Urlaub ab; sie wurden bei weiteren Geschäften begrüsst. Zudem beschäftigten sie sich in vier Fällen mit Entscheiden, in denen im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis von Gerichtsschreiberinnen eine geschlechterspezifische Diskriminierung geltend gemacht wurde; in einem Fall gelangten sie an die Verwaltungskommission. Letztere wurde im November über erste Erfahrungen der Beauftragten für Chancengleichheit orientiert.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 84 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 8499 Verfahren aus dem Vorjahr übernommen. Von diesen stammten 4083 von den vormaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten. Bis zum Jahresende gingen 8357 neue Verfahren ein, denen 8907 abgeschlossene Verfahren gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle sank zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 550 Verfahren (6,5%). Aufgeschlüsselt nach den fünf Abteilungen ergibt sich folgendes Bild:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abteilung I Infrastruktur, Finanzen, Personal	752	700
Abteilung II Wirtschaft, Bildung, Wettbewerb	562	451
Abteilung III Ausländer, Gesundheit, Sozialversicherungen	2796	2919
Abteilung IV Asyl	2320	2665
Abteilung V Asyl	1927	2172
Gesamthaft (Abteilungen I–V)	8357	8907

Die unterschiedliche Geschäftsentwicklung der Abteilungen hat mehrere Gründe. So ging bei den Abteilungen I und II eine Vielzahl von Beschwerden auf eine einzelne Verfügung (grosses Infrastrukturprojekt) der Vorinstanz hin oder zu einem einzelnen Thema (Qualifikation von Pokerturnieren) ein, was zu einem Anstieg der Pendenzen führte. Demgegenüber konnten die Abteilungen IV und V zahlreiche ältere Verfahren erledigen; der erneute Anstieg der Gesuchseingänge beim Bundesamt für Migration (BFM) wirkte sich bis zum Jahresende noch nicht in einem grösseren Ausmass auf die Eingänge aus. Die Abteilung III schliesslich konnte bezüglich der Erledigungen mit den Eingängen Schritt halten, wo-

bei im Bereich der Invalidenversicherung und der beruflichen Vorsorge unverändert viele Beschwerden eingingen, so dass diesbezüglich ein Pendenzenabbau nicht möglich war. Die 2007 zur Entlastung der Abteilung eingeleiteten Massnahmen (personelle Aufstockung durch Richter und Richterinnen sowie Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen) zeigten im Berichtsjahr nur beschränkte Wirkung, was auch auf den Realisierungszeitpunkt – Mitte Jahr – zurückzuführen ist. Um inskünftig auf die rasche Zunahme von Geschäften schneller und flexibler reagieren zu können, hat das Gericht beim Parlament zusätzliche Richterstellen beantragt (s. Gesamtgericht S. 70).

Alle Abteilungen, insbesondere aber die Abteilungen III, IV und V, welche am 1. Januar 2007 in grösserem Ausmasse unerledigte Verfahren (Invalidenversicherung und berufliche Vorsorge sowie Ausländer- und Asylrecht) übernehmen mussten, haben grosse Anstrengungen unternommen, um ältere Verfahren zu erledigen. Während bei der Abteilung II nur wenige Verfahren mit Eingangsjahr älter als 2007 zu verzeichnen sind, handelt es sich bei den Pendenzen der Abteilung I um Verfahren zu grossen Infrastrukturprojekten, welche aufgrund der Komplexität in juristischer und verfahrensrechtlicher Hinsicht mit einem überdurchschnittlichen Aufwand verbunden sind.

Abteilung I

Die Abteilung verzeichnete im Berichtsjahr einen deutlichen Anstieg der Beschwerdeeingänge. Während in den Rechtsgebieten der Kammer 2 (Steuern, Zölle) etwas weniger Beschwerden als im Vorjahr eingingen, verzeichnete die Kammer 1 (Infrastruktur, Personalrecht, Datenschutz) eine sprunghafte Zunahme der eingereichten Beschwerden. Diese Entwicklung war einerseits durch eine leichte Zunahme in den meisten ihrer Rechtsgebiete, andererseits durch zwei Verfahren mit einer Vielzahl von Betroffenen begründet: Gegen Verfügungen der Schätzungskommission betreffend die Verweigerung von Enteignungsentschädigungen im Umfeld des Flughafens Zürich gingen knapp vierzig Beschwerden ein, auf eine Plangenehmigung für eine Eisenbahnlinie in Genf entfallen rund sechzig Fälle.

Die Abteilung musste im Rahmen der Entlastungsmassnahmen zugunsten der Abteilung III auf 0,65 Prozent einer Richterstelle verzichten. Diese Reduktion konnte naturgemäss durch die Anstellung zusätzlicher Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen nur teilweise ausgeglichen werden. Zwar nahmen die Erledigungen leicht zu, aber der Abbau von Pendenzen war aufgrund der zahlreichen Eingänge nicht möglich. Immerhin konnte in der Kammer 2 der Abbau jener Altfälle fortgesetzt werden, die das Gericht von den vormaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommenen hatte.

Wichtige Entscheide der Kammer 1 betrafen den Flughafen Zürich, den Bau einer Tramlinie in Zürich und Verfahrensfragen im Zusammenhang mit der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg. Ein weiterer Schwerpunkt der Rechtsprechung lag im Bereich des Bundespersonalrechts.

Die Kammer 2 hatte den Schwerpunkt ihrer Rechtsprechung weiterhin im Bereich der Mehrwertsteuer und der Zölle, wo diverse neue Anwendungsfragen geregelt wurden. Erstmals wurden sodann auch Verfahren im Bereiche des Erlasses der direkten Bundessteuer abgeschlossen.

Abteilung II

Im Berichtsjahr haben sowohl die Eingänge als auch die Erledigungen zugenommen, wobei zwischen den einzelnen Rechtsgebieten grössere Unterschiede festzustellen sind. So nahmen die Eingänge im Immaterialgüter- und im Landwirtschaftsrecht sowie bei den Zulassungen zum Zivildienst ab, wogegen bei der Finanzmarktaufsicht und bei den Glücksspielen eine starke Zunahme zu verzeichnen war. Die höheren Eingänge erklären sich insbesondere durch die grosse Anzahl von 167 Beschwerden gegen die Qualifikation von Pokerturnieren nach dem Format «Texas Hold'em Unlimited (Freeze Out)» als Geschicklichkeitsspiel. Diese Verfügungen der Eidgenössischen Spielbankenkommission (ESBK) wurden von der Casinobranche angefochten und betreffen alle die gleiche rechtliche Grundsatfrage. Die meisten dieser Verfahren bleiben bis zur Eröffnung von Leitentscheiden sistiert.

Bei der Finanzmarktaufsicht haben sich die Eingänge und die Erledigungen annähernd verdoppelt, wobei im Berichtsjahr zwar nur noch wenige Beschwerden aus dem Bereiche der Geldwäscherei, dafür aber mehr Beschwerden vor allem aus den Bereichen Amtshilfe und Unterstellungsverfahren (unerlaubte Tätigkeiten nach Banken- und Börsengesetz) eingingen. Letztere und die wenigen, indessen bedeutenden Verfahren bezüglich der Offenlegung von Beteiligungen und öffentlichen Kaufangeboten bei börsenkotierten Gesellschaften sind in der Regel sehr zeitaufwändig und beinhalten heikle Rechtsfragen. Im Wettbewerbsrecht bindet die Bearbeitung von zwei komplexen Beschwerden betreffend Sanktionen durch die Wettbewerbskommission (WEKO) erhebliche Personalressourcen.

Die im Rahmen der Entlastungsmassnahmen zugunsten der Abteilung III von dieser im Januar 2008 übernommenen Pendenzen aus den Bereichen der medizinischen Aus- und Weiterbildung und der Maturitätsprüfungen sowie des Arbeitslosenrechts konnten praktisch vollständig abgebaut werden.

Nicht zuletzt aufgrund des weiten Zuständigkeitsbereichs der Abteilung und der zunehmenden Komplexität einzelner Verfahren wurde der Weiterbildung der Mitarbeitenden erneut grosses Gewicht beigemessen.

Abteilung III

Im Verlaufe des Berichtsjahres konnten die im Vorjahr zu Gunsten der Abteilung beschlossenen Entlastungsmassnahmen umgesetzt werden: Im Sommer sind aus den Abteilungen IV und V drei Richter in die Abteilung übergetreten, und am 27. November beschloss das Plenum die Umteilung einer weiteren Richterin von der Abteilung V in die Abteilung III per Anfang Januar 2009. Zudem stellte ein Richter der Abteilung I einen Teil seines Arbeitspensums zur Verfügung, dies befristet auf das Jahr 2008 (s. Zusammensetzung des Gerichts S. 67).

Am Jahresbeginn wurden die Jahresziele der Abteilung definiert: Vermeidung des Anstiegs der Pendenzen nach Umsetzung der Entlastungsmassnahmen, Aufbau eines benutzerfreundlichen Wissensmanagements (in Zusammenarbeit mit dem Bereich Wissen und

Dokumentation) und die stufenweise Entlastung der Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen durch die Übertragung von Aufgaben auf die Kanzlei. Eine Bilanz am Jahresende zeigt, dass diese Ziele grösstenteils erreicht wurden. Im Weiteren regelte die Abteilung die abteilungsinternen Voraussetzungen zur Gewährung der neu angebotenen Heimarbeit, optimierte die Weiterführung der bisherigen Zusammenarbeit mit der zentralen Kanzlei (Generalsekretariat) und beschloss eine Ergänzung des Abteilungsreglements, wonach der Spruchkörper in der Regel nicht mitzuteilen ist.

Die Zahl der Erledigungen konnte im Berichtsjahr mit den Eingängen Schritt halten. Die Abteilung vermochte jedoch nicht, Pendenzen in einem grösseren Ausmass abzubauen. Waren am 1. Januar 2943 Verfahren hängig, waren es am 31. Dezember 2820 Verfahren, was einer geringen Abnahme (4,2%) gleichkommt. Während bei der Kammer 1 (Sozialversicherungen) die Anzahl der Pendenzen um 90 Verfahren zunahm, konnte die Kammer 2 (Ausländerrecht) 213 Verfahren abbauen. Die Zunahme der pendenten Verfahren ist insbesondere auf die nach wie vor hohe Anzahl der Eingänge in den Bereichen Invalidenversicherung und berufliche Vorsorge zurückzuführen. Im Bereiche der Heilmittel, der öffentlichen Gesundheit und der beruflichen Vorsorge konnten zahlreiche ältere Verfahren abgebaut werden; da es sich teilweise um komplexe und umfangreiche Verfahren handelte, mussten zu ihrer Erledigung beträchtliche personelle Ressourcen eingesetzt werden.

Im Rahmen der vorerwähnten Entlastungsmassnahmen wurden zusätzlich zwölf Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen angestellt. Diese Massnahme wirkte sich nach einer gewissen Einarbeitungszeit zunehmend positiv auf die Erledigungszahlen aus. Unverändert war die Belastung im ganzen Berichtsjahr für alle hoch, und angesichts der grossen Anzahl hängiger Verfahren müssen weitere personelle Massnahmen vorbehalten bleiben.

Abteilungen IV und V

Die Richterinnen und Richter der Abteilungen IV und V kamen zu sieben gemeinsamen Sitzungen zusammen, die in erster Linie der

Koordination der Rechtsprechung dienten. Dabei wurden mehrere (in der Folge publizierte) Grundsatzurteile gefällt, welche insbesondere neue Bestimmungen des (revidierten) Asylgesetzes und des (revidierten) Ausländergesetzes zum Gegenstand hatten. In verfahrensrechtlicher Hinsicht konnten damit beispielsweise Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Gebührevorschuss und der Anfechtbarkeit von Zwischenverfügungen bei Folgeverfahren sowie bei der Kantonszuweisung von Asylsuchenden geklärt werden. Weitere Grundsatzentscheidungen enthalten ausführliche, in Zusammenarbeit mit dem Dienst Länderexpertisen des (Gerichts-)Bereichs Wissen und Dokumentation erstellte Lageanalysen mit Schwergewicht auf der Sicherheitslage in wichtigen Herkunftsländern. Die Präsidien der vier Kammern der beiden Asylabteilungen entschieden in üblicherweise wöchentlich stattfindenden Sitzungen über Koordinationsmassnahmen von geringerer Bedeutung und bereiteten die gemeinsamen Sitzungen der Abteilungen vor.

Die Asylabteilungen setzten sich für das Berichtsjahr das prioritäre Ziel des Abbaus sogenannter Altfälle. Als solche wurden Beschwerdeverfahren definiert, die vor Ende 2003 bei der Schweizerischen Asylrekurskommission (ARK) eingereicht worden waren. Insgesamt waren bei den beiden Abteilungen am 1. Januar 654 vor 2004 eingereichte Beschwerden hängig. Das Abbauziel konnte zum grösseren Teil erreicht werden: am 31. Dezember waren noch 143 solche Verfahren hängig (Abteilung IV: 107, Abteilung V: 36). Von den am Jahresanfang in den Asylabteilungen hängigen 506 Fällen aus dem Jahr 2004 konnten bis am Jahresende 261 (Abteilung IV: 133, Abteilung V: 128) erledigt werden.

Obschon der verstärkte Abbau lange hängiger Verfahren aufwändig war, vermochten die Asylabteilungen im Berichtsjahr insgesamt 13,2 Prozent ihrer Pendenzen abzubauen (Abteilung IV: 14,8%, Abteilung V: 11,5%). Waren am 1. Januar 4460 Verfahren hängig (Abteilung IV: 2328, Abteilung V: 2132), waren es am 31. Dezember noch 3870 Verfahren (Abteilung IV: 1983, Abteilung V: 1887). Dies entspricht dem tiefsten Stand hängiger Verfahren seit 1992, als die neu geschaffene ARK ihre Arbeit aufgenommen hatte.

Der Abbau von Altfällen und Pendenzen konnte trotz technischer Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten (Informatik) sowie einer den Gerichtsbetrieb erschwerenden Fluktuation erreicht werden. Insbesondere wechselten im Laufe des Jahres eine Richterin und drei Richter in die Abteilung III, und eine weitere Richterin wechselt anfangs 2009. Dies führte auch auf der Stufe der Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen zu Abteilungswechseln. Schliesslich mussten im Laufe des Jahres mehrere austretende Kanzleimitarbeiterinnen ersetzt werden.

Im Rahmen einer Ausbildungsveranstaltung liessen sich die beiden Abteilungen von Referenten des CAT (Committee against Torture, Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter) und des Bundesamtes für Justiz (BJ) über Stellung, Aufgabe und Rechtsprechung des CAT orientieren. Für die Asylabteilungen von Interesse war der Anlass deshalb, weil im Zusammenhang mit ihren Urteilen unter bestimmten Voraussetzungen an das CAT gelangt werden kann.

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung im Zusammenhang mit acht Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen; es liess sich zu vier davon verlauten (Bundesgesetz über die Wahrung der inneren Sicherheit, Patentgerichtsgesetz, Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen und Bundespersonalgesetz).

Koordination der Rechtsprechung

Offene Rechtsfragen, deren Beantwortung ein Präjudiz darstellt, werden durch die Abteilungen in einem normierten Verfahren entschieden; dieser Entscheid bildet die Grundlage für ein Urteil im konkreten Fall. Dasselbe Verfahren wird angewendet, wenn eine Änderung der Praxis zur Diskussion steht. Andere Themen werden durch die Präsidentenkonferenz aufgenommen.

Auch im Berichtsjahr bestand hoher Koordinationsbedarf in der Rechtsprechung. Die Präsidentenkonferenz befand beispielsweise über das Vorgehen bei Akteneinsichtsgesuchen von nicht an einem Verfahren beteiligten Behörden. Weiter koordinierte sie die Praxis bezüglich der Entgegennahme von Eingaben per Telefax. Auch klärte sie die Voraussetzungen für die Übernahme von Mandaten durch Rechtsvertreter im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege und entschied, dass erlassene Verfahrenskosten in Urteilen nicht betragsmässig ausgewiesen werden.

Im Weiteren veranlasste die Präsidentenkonferenz, dass (noch) fehlende Vorlagen für Urteile, Zwischenentscheide und Korrespondenz in den drei Amtssprachen erarbeitet und den Richtern und Richterinnen sowie den Mitarbeitenden elektronisch zur Verfügung gestellt wurden. Schliesslich sorgte sie für die Klärung offener Fragen im Zusammenhang mit der Dossierverwaltung und den Verfahrensabläufen.

Gerichtsverwaltung

Generalsekretariat

Mit dem Stellenantritt des Leiters des Bereichs Betrieb und Logistik im Februar und mit der Ernennung des Leiters des Präsidialsekretariates im April waren erstmals seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit des Gerichts alle Stellen mit Leitungsaufgaben im Generalsekretariat besetzt.

Das Generalsekretariat konzentrierte sich im Berichtsjahr – entsprechend den Bedürfnissen einer effizienten und kostenbewussten Gerichtsverwaltung – schwergewichtig auf die Optimierung der administrativen Prozesse. Die für ein umfassendes Controlling notwendigen Instrumente wurden per 1. Januar eingeführt. Der Verwaltungskommission werden zusätzlich zu den monatlichen Finanzreportings auch Quartalsreportings mit ausgewählten Kennzahlen aus den Bereichen Finanzen, Human Resources und Organisation sowie eine Übersicht über die (Verfahrens-) Geschäftsentwicklung in den Abteilungen vorgelegt.

Präsidialsekretariat

Das Präsidialsekretariat ist die Stabsstelle des Präsidiums und der Generalsekretärin. Es unterstützt diese und die Entscheidungsgremien in organisatorischen sowie juristischen Belangen und ist für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Die Zahl der akkreditierten Medienvertreter nahm im Berichtsjahr auf 14 (2007: 10) zu. Sie werden durch den Medienbeauftragten jeweils vorab (insbesondere) über wichtige Urteile informiert. Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass in den Medien deutlich mehr Urteile des Gerichts aufgegriffen und kommentiert wurden. Dies zeigt, dass die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts in der Öffentlichkeit zunehmend stärker wahrgenommen wird (s. dazu auch Verwaltungskommission S. 71 [Kommunikation]); zunehmend ist auch das Interesse an personellen, administrativen und organisatorischen Angelegenheiten des Gerichts.

Human Resources and Organisation

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht mit unterschiedlichem Beschäftigungsgrad 366 Personen tätig: 74 Richter und Richterinnen (64,8 Stellen), 192 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (164,7 Stellen), 40 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (35,7 Stellen) und 60 juristische, wissenschaftliche und administrative Mitarbeitende im Generalsekretariat (55,6 Stellen). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Totalbestand um 30 Personen (27,65 Stellen).

67,9 Prozent der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 25,9 Prozent französischer und 6,2 Prozent italienischer Muttersprache.

Der Frauenanteil betrug – bezogen auf die gesamten Stellen – am Jahresende 50,8 Prozent, bei den Richtern und Richterinnen 27,4 Prozent, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 47,5 Prozent, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 100 Prozent und bei den Mitarbeitenden im Generalsekretariat 48,3 Prozent.

In Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 50 Prozent und 95 Prozent (107 Frauen, 66 Männer) arbeiteten 23,7 Prozent der Richterinnen und Richter und 76,3 Prozent des nichtrichterlichen Personals.

47 Austritten standen 76 Eintritte gegenüber. Die Fluktuationsrate – bezogen auf alle Stellen – betrug 13,3 Prozent (2007: 10,4%), bei den Richtern und Richterinnen 4,1 Prozent, bei den Gerichtsschreibern und Gerichtsschreiberinnen 10,9 Prozent, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 27,2 Prozent und bei den Mitarbeitenden im Generalsekretariat 22,7 Prozent.

Von den 366 am Gericht tätigen Personen haben im Berichtsjahr 52 Richter und Richterinnen sowie 182 nichtrichterliche Mitarbeitende eine oder mehrere Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen besucht, wofür total 505,5 Arbeitstage aufgewendet wurden.

Finanzen und Controlling

Im Berichtsjahr standen die Optimierung der Finanzprozesse, die Einführung des Inkassos von schwer einbringlichen Forderungen, der

Aufbau und die Führung eines internen Kontrollsystems (IKS) laut Vorgaben des Bundes sowie die weitere Verbesserung der Controllinginstrumente und des Reportings im Vordergrund. Mittlerweile sind alle Finanzprozesse eingeführt, und das Gericht verfügt über die erforderlichen Führungs- und Steuerungsinstrumente. Im Dezember fand eine Dienststellenrevision durch die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) statt.

Die Jahresrechnung weist einen Ertrag von 3 358 805 Franken aus; gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Mehrertrag von 813 005 Franken.

Die Aufwendungen beliefen sich 2008 auf 60 697 822 Franken; gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Mehraufwand von 3 071 072 Franken.

Die Personalbezüge des nichtrichterlichen Personals sind gegenüber dem Vorjahr um 3 454 896 Franken höher (11,5%) ausgefallen. Der Mehraufwand bei den Personalkosten ist mit der Erhöhung des Personalbestandes in den Abteilungen und dem Generalsekretariat zu begründen.

	Betrag in CHF
Einnahmen	3 358 805
Gebühren	3 219 821
Entgelte	138 984
Ausgaben	60 697 822
Personalaufwand	48 682 557
Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	33 368 903
Besoldungen der Richter	14 949 874
Übriger Personalaufwand	363 780
Sach- und übriger Betriebsaufwand	11 863 065
Eidgenössische Schätzungskommission	98 648
Raummiete	4 960 497
Informatik Sachaufwand	3 904 633
Beratungsaufwand	197 425
Übriger Betriebsaufwand	2 701 862
Einlage in Rückstellungen	152 200
Einlage in Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	152 200

Zentrale Kanzlei

Die Zentrale Kanzlei verarbeitet täglich rund 250 Posteingänge und bis zu 400 Postausgänge. In Zusammenarbeit mit den Abteilungskanzleien wurden der Kurierdienst zwischen den Standorten Bern und Zollikofen sowie die Dienstleistungen der Zentralen Kanzlei überprüft und angepasst.

Informatik

Der Bereich Informatik war im Berichtsjahr schwergewichtig mit Fragen zur Leistungserbringung durch den Informatikdienst des Bundesgerichts, der Einführung des Zentralen Migrationssystems (Zemis) des Bundesamtes für Migration, dem Projekt DocuTAF (System zur Dokumentation der Rechtsprechung) und der Umsetzung von Verbesserungen verschiedener Anwendungen befasst.

Im Mai entschieden die Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen des Parlaments, dass die Gerichte des Bundes in der Wahl der Informatik und des Leistungserbringers im Rahmen ihres Budgets frei sind. In der Folge wurde am Bundesverwaltungsgericht ein breit abgestützter, strukturierter Meinungsbildungsprozess zur Frage eines allfälligen Plattformwechsels, verbunden mit einem Wechsel des Leistungserbringers, eingeleitet. Am 30. Oktober hat das Gesamtgericht entschieden, das Projekt «IT-Plattformwechsel» an die Hand zu nehmen. Es beinhaltet den Wechsel der Plattform, die Wahl eines neuen Leistungserbringers, eine Umgebung auf der Basis von Microsoft-Produkten und die Evaluation sowie Einführung einer neuen Geschäftskontrolle und eines Dokumentationsystems. Der Abschluss des Projekts und die Umstellung sind für Januar 2011 geplant.

Von den für die Informatik für das Jahr 2008 veranschlagten 4 280 000 Franken wurden 3 904 633 Franken (91,1%) beansprucht.

Wissen und Dokumentation

Der Teilbereich Entscheidungspublikation und Dokumentation hat im Berichtsjahr das Hauptgewicht seiner Aktivitäten auf die Erarbeitung einer langfristigen Dokumentationspolitik gelegt (DocuTAF). Diese wurde im September durch die Verwaltungskommission und die Präsidentenkonferenz verabschiedet; ihre Umsetzung wird den Teilbereich in den kommenden Jahren stark fordern.

Im Rahmen des Bibliotheksverbundes ALEXANDRIA (Verbund der Bibliotheken der Bundesverwaltung) arbeitet die Bibliothek des Gerichts mit anderen juristischen Bibliotheken zusammen. Aufgrund der sich im Gange befindlichen Auflösung dieses Verbundes wird erwogen, dem Bibliotheksverbund RERO (Réseau romand) beizutreten.

Betrieb und Logistik

Zwecks Bereitstellung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Richter und Richterinnen sowie für Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen wurden an der Schwarztorstrasse 53 in Bern (Abteilung I) zusätzliche Büros geschaffen; an der Schwarztorstrasse 55, in welcher Liegenschaft das Gericht bisher nicht eingemietet war, konnten mehrere Räume gemietet werden.

Das Notfallkonzept wurde den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Im November wurde an der Schwarztorstrasse 59 in Bern erstmals und unter Beizug externer Fachleute eine Evakuierungsübung durchgeführt. Weitere Übungen an den anderen Standorten des Gerichts sind geplant.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Das Bundesverwaltungsgericht ist im Bereich der Enteignung Aufsichtsinstanz über die Eidgenössischen Schätzungskommissionen und ihre Präsidenten. Die Delegation für Enteignungsfragen (Abteilung I), bestehend aus Lorenz Kneubühler (Abteilungspräsident, Vorsitz), Claudia Pasqualetto Péquignot (Richterin, seit 1. Januar) und Beat Forster (Richter) sowie Thomas Moser (Gerichtsschreiber, Sekretär), nahm die Aufsicht wahr und setzte sich an mehreren Sitzungen mit organisatorischen Fragen auseinander. Die modernisierten Arbeitsmittel, namentlich elektronische Logos und Formulare, machten im Berichtsjahr noch einige Nachbesserungen erforderlich.

Die Delegation traf sich ferner mit den Präsidien der Schätzungskommissionen. Dabei ging es um ein gegenseitiges Kennenlernen, den Erfahrungsaustausch und die Besprechung von konkreten Problemen wie insbesondere die Archivierung und das Rechnungswesen (Ausstellung der Lohnausweise und Abrechnung der Sozialversicherungen); letzteres wurde bisher durch die Eidgenössische Steuerverwaltung wahrgenommen und wird inskünftig von einem Treuhandbüro erledigt.

Im Berichtsjahr hat das Gesamtgericht die Präsidien (Präsident und zwei Stellvertreter) der 13 Schätzungskreise für die Periode 2009–2012 wieder- beziehungsweise neu gewählt. Aufgrund einer Übergangsbestimmung im Enteignungsgesetz erfolgte die Wahl – einmalig – nur für eine vierjährige Amtsdauer; in Zukunft werden die Mitglieder wieder für eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt, die mit derjenigen des Bundesverwaltungsgerichts zusammenfallen wird. Zudem wurden elf Mitglieder der Oberschätzungskommission wieder- beziehungsweise neu gewählt.

Bundesgericht

Die Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts traf sich am 11. April in Luzern und am 1. September in Zollikofen mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts, welchem die administrative Aufsicht über das Bundesverwaltungsgericht übertragen ist.

Bei der ersten Sitzung standen – in einem gemeinsamen Teil mit dem Bundesstrafgericht – der Erfahrungsaustausch zum Geschäftsbericht 2007 und die entsprechende gemeinsame Medienkonferenz im Vordergrund. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wurde von allen drei Gerichten positiv beurteilt. Sodann wurden die Rechnung 2007 und das Budget 2009 besprochen, und es wurde auf die Geschäftslast, die Personalfuktuation (auch im Hinblick auf den Umzug nach St. Gallen) und die Erhöhung der Zahl der Richterstellen eingegangen.

An der zweiten Sitzung wurde erneut die Richterzahl erörtert. Das Bundesverwaltungsgericht legte dar, dass es mit Anpassungen im administrativen Bereich, Verbesserungen der Abläufe und der Definition von Gerichtszielen für das Jahr 2009 Massnahmen umgesetzt oder eingeleitet hat, die auf eine beschleunigte Verfahrenserledigung und eine grössere Effizienz angelegt sind. Trotzdem erachte es das Gericht als notwendig, zusätzliche Richter und Richterinnen sowie zusätzliche Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen sowie Kanzleimitarbeitende anzustellen, um die Geschäftslast zu bewältigen und die Pendenzen abzubauen. Zur Sprache kam ferner das Quartalsreporting des Bundesverwaltungsgerichts gegenüber dem Bundesgericht.

In der Folge ersuchte das Bundesgericht das Bundesverwaltungsgericht um Stellungnahme zur Kompetenzabgrenzung der Leitungsorgane und zeigte gleichzeitig an, dass gestützt auf eine externe Studie von letzterem deutlich mehr Erledigungen zu erwarten wären. Das Bundesverwaltungsgericht wies in seinem Antwortschreiben auf seine organisatorische Autonomie hin und hielt fest, dass die Berechnungen des Bundesgerichts aufgrund eigener Abklärungen nicht haltbar seien.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht zwei Aufsichtsanzeigen ein (2007: 6). Die eine betraf ein Asylverfahren (Annullierung einer Zwischenverfügung betreffend Kostenvorschuss), welcher nicht Folge geleistet wurde. Die andere stammte von einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts, welcher – auch unter Bezugnahme auf die vorerwähnte Kapazitätsschätzung des Bundesgerichts – sich über die Fallzuteilung beschwerte und die Effizienz von anderen Richtern und Richterinnen in Frage stellte. Die Beschwerde war am Jahresende noch hängig.

Bundesversammlung

Das Bundesverwaltungsgericht gab den Subkommissionen Gerichte der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte an der gemeinsamen Sitzung der drei eidgenössischen Gerichte in Lausanne vom 22. April Auskunft über den Geschäftsbericht 2007. Einlässlich erörtert wurden die Startprobleme und die Geschäftslast sowie deren Entwicklung. Von Interesse waren zu diesem Zeitpunkt insbesondere die eingeleiteten und bereits umgesetzten Massnahmen, um mit den Neueingängen Schritt zu halten und die von den vormaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommenen Verfahren abzubauen. Zur Sprache kam schliesslich die Zusammenarbeit mit dem Bundesgericht im Bereich der Informatik.

An der Sitzung der Rechtskommission des Ständerates vom 26. August konnte das Gericht die bei den eidgenössischen Räten beantragte Änderung der Richterstellenverordnung erläutern. Entsprechende Beschlüsse des Parlaments waren am Jahresende noch ausstehend.

Zu weiteren Kontakten mit den eidgenössischen Räten kam es im Zusammenhang mit der Staatsrechnung 2007 und dem Vorschlag 2009 sowie der Finanzplanung 2010 bis 2012, welche Geschäfte vom Gericht in den betreffenden Subkommissionen direkt vertreten wurden.

Zusammenarbeit

Auch im Berichtsjahr standen die Präsidien und die Verwaltungskommissionen des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesstrafgerichts in engem Kontakt, desgleichen die beiden Generalsekretariate. Die Verwaltungskommissionen haben sich im November in Bellinzona getroffen und einen Meinungsaustausch geführt, wobei die Aufsicht durch das Bundesgericht, die Informatik und die Vertretung des Budgets im Parlament im Vordergrund standen.

Weiter nahmen Mitglieder des Gerichts zusammen mit Vertretern der anderen eidgenössischen und kantonalen Gerichte sowie der Wissenschaft an Sitzungen der Begleitgruppe zum Projekt «Evaluation der Wirksamkeit der neuen Bundesrechtspflege» des Bundesamts für Justiz teil. Das Gericht unterstützte zudem mit statistischen Angaben das vom Nationalfonds geförderte Projekt der Universität Genf mit dem Titel «L'utilisation des voies de recours judiciaires en matière administrative en Suisse: analyse empirique au niveau fédéral et cantonal».

Projekt St. Gallen

Der Lenkungsausschuss (strategische Projektplanung), dem der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts angehört, ist im Berichtsjahr zweimal zusammengetreten. Das Schwergewicht der planerischen Arbeiten hat sich auf den alle zwei Monate tagenden Projektausschuss, dem ein Mitglied der Verwaltungskommission angehört, verlagert, der die wichtigen operativen Entscheide zu treffen hat. Er ist zudem dafür verantwortlich, dass das vorgegebene Kostendach nicht überschritten wird und hat Zusatzwünsche der künftigen Nutzer des Gebäudes den zuständigen Behörden des Bundes und des Kantons St. Gallen vorzulegen; das Baucontrolling bildet einen wichtigen Bestandteil der Arbeiten des Projektausschusses.

Vertreter des Bundesamts für Bauten und Logistik (BBL) und des Kantons St. Gallen sowie die für den Bau des Gerichtsgebäudes verantwortlichen Architekten haben das gesamte Gericht am 17. Januar ein erstes Mal über das Projekt orientiert.

Nach Abschluss der Vorarbeiten und der Vergabe für Aushub und Betonarbeiten erfolgte am 4. September der offizielle Spatenstich. Der Fortgang der Arbeiten kann über eine auf der Baustelle installierte Webcam verfolgt werden.

Die Richter und Richterinnen sowie die Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichts wurden im September von Behörden der Stadt und des Kanton St. Gallen, des Kantons Thurgau, der Kantone Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden sowie der Universität St. Gallen empfangen.

Die Teilnehmenden konnten sich vor Ort unter anderem über Schule und Bildung in der Ostschweiz, Wohnen und Arbeiten zwischen Bodensee und Säntis sowie kulturelle und sportliche Angebote orientieren lassen.

Eine Nutzergruppe unter Leitung des Vertreters des Bundesverwaltungsgerichts im Projektausschuss, bestehend aus Richtern und Richterinnen sowie Mitarbeitenden der Abteilungen und des Generalsekretariats, begleitet die Bauausführung; sie lässt sich an vierteljährlichen Sitzungen über den Fortgang der Arbeiten orientieren und bringt Anträge und Wünsche hinsichtlich der Ausgestaltung und Nutzung des Gerichtsgebäudes ein.

Die Ausschreibung der Projektleitung St. Gallen 2012, für deren Verfahren die damalige provisorische Geschäftsleitung des Bundesverwaltungsgerichts die Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens anwandte, war im Herbst abgeschlossen. Die Projektleitung hat in Zusammenarbeit mit den Behörden am alten und neuen Standort vier Module umzusetzen: Information und Kommunikation (Modul 1), Finanzen, Personelles und Informatik (Modul 2), Umzug (Modul 3) und bauliche Aspekte / Nutzervertretung (Modul 4).

Das Bundesverwaltungsgericht und die Universität St. Gallen haben das Gespräch zur künftigen Zusammenarbeit aufgenommen. In diesem Zusammenhang ist auch geplant, die Teilzeitstelle des Geschäftsführers des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis (IRP-HSG) neu mit der Teilzeitstelle eines Richters oder einer Richterin des Bundesverwaltungsgerichts zu verbinden.

Art und Zahl der Geschäfte

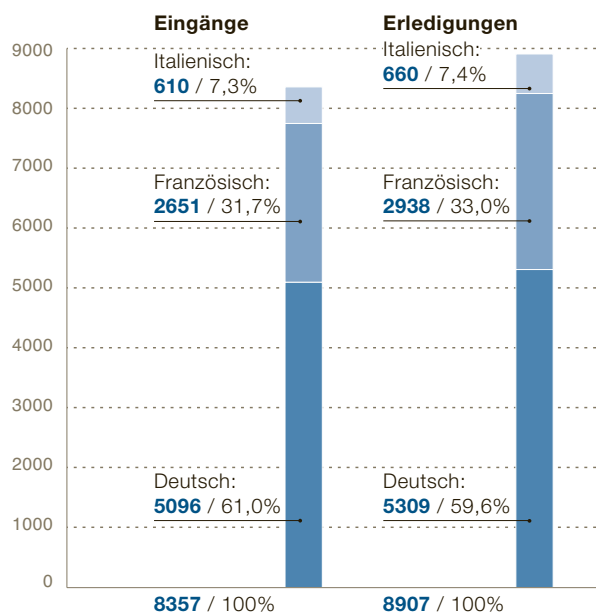
Geschäfte

	Eingang 2007	Erledigung 2007	Übertrag von 2007	Eingang 2008	Erledigung 2008	Übertrag auf 2009
Beschwerden	8230	7206	8392	7989	8523	7858
Klagen	1	1	1	4	1	4
Andere Rechtsmittel	126	125	10	132	129	13
Revisionsgesuche usw.	197	228	96	232	254	74
Total	8554	7560	8499¹	8357	8907²	7949

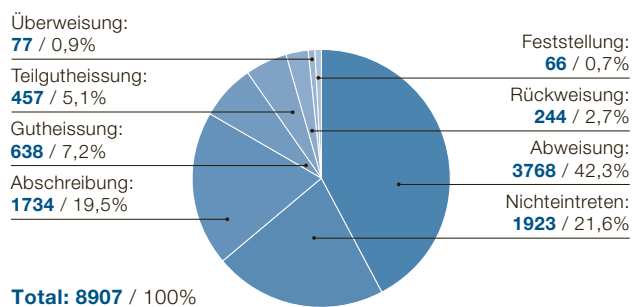
Verfahrensausgang

Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilgutheissung	Rückweisung	Feststellung	Überweisung
1683	1783	3692	619	455	233	29	29
-	-	1	-	-	-	-	-
16	7	11	3	1	8	36	47
35	133	64	16	1	3	1	1
1734	1923	3768	638	457	244	66	77

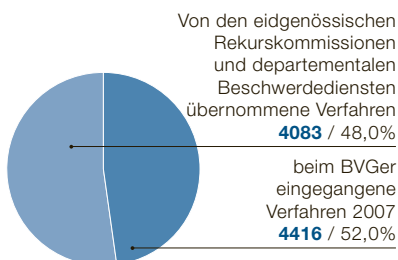
Streitsachen nach Sprachen 2008



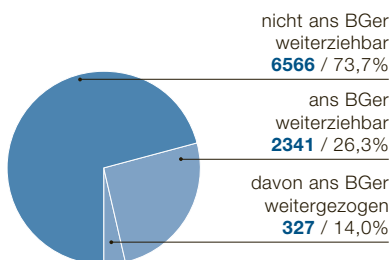
Art der Erledigung 2008



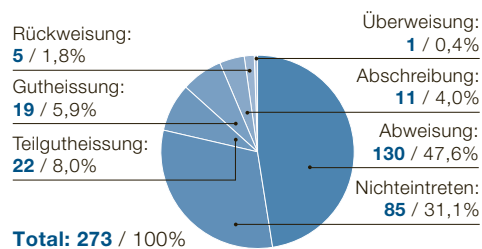
¹ Übertrag von 2007: 8499*



² Erledigung 2008: 8907



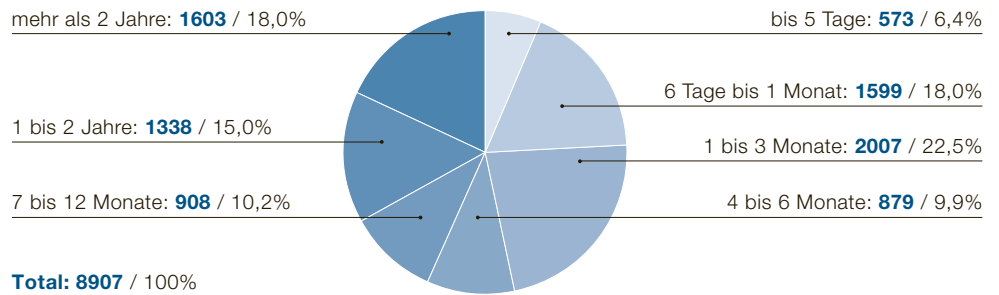
Erledigung der weitergezogenen Verfahren:



* Die Differenz zu den übertragenen Verfahren gemäss Geschäftsbericht 2007 ist durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen usw.)

Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2008
Beschwerden	464	1478	1909	867	899	1324	1582	8523
Klagen	-	-	-	-	1	-	-	1
Andere Rechtsmittel	79	36	8	5	-	1	-	129
Revisionsgesuche usw.	30	85	90	7	8	13	21	254
Total	573	1599	2007	879	908	1338	1603	8907



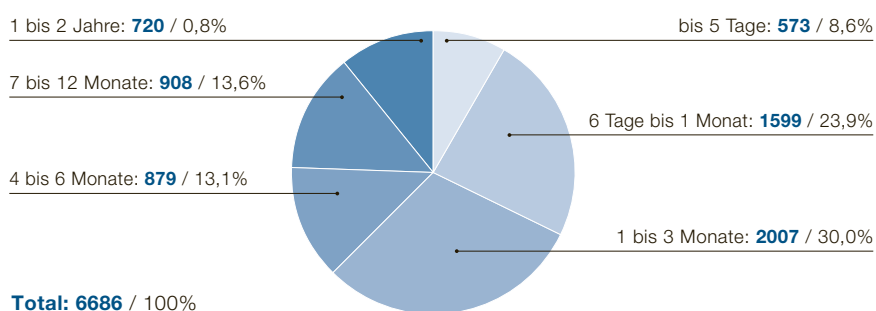
Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen
Beschwerden	407	5365	512	3229
Klagen	257	257	147	232
Andere Rechtsmittel	17	532	191	729
Revisionsgesuche usw.	176	2651	513	1991

Dauer der Geschäfte

(nur Bundesverwaltungsgericht; Verfahrenseingang ab 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

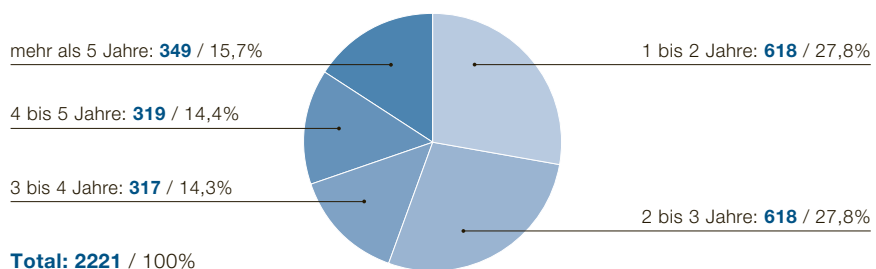
	Eingang BVGer	Dauer der Geschäfte							Mittlere Dauer	Maximale Dauer
		Erledigung 2008	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	Tage	Tage
Beschwerden	7989	6334	464	1478	1909	867	899	717	140	717
Klagen	4	1	-	-	-	-	1	-	257	257
Andere Rechtsmittel	132	128	79	36	8	5	-	-	13	214
Revisionsgesuche usw.	232	223	30	85	90	7	8	3	47	470
Total	8357	6686	573	1599	2007	879	908	720		



Dauer der Geschäfte

(von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren; Verfahrenseingang vor 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

	übernommene Verfahren	Dauer der Geschäfte						Mittlere Dauer	Maximale Dauer
		Erledigung 2008	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 bis 4 Jahre	4 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Tage	Tage
Beschwerden	4027	2189	607	613	308	314	347	1178	5365
Andere Rechtsmittel	1	1	-	-	-	-	-	532	532
Revisionsgesuche usw.	55	31	10	5	9	5	2	1103	2651
Total	4083	2221	618	618	317	319	349		



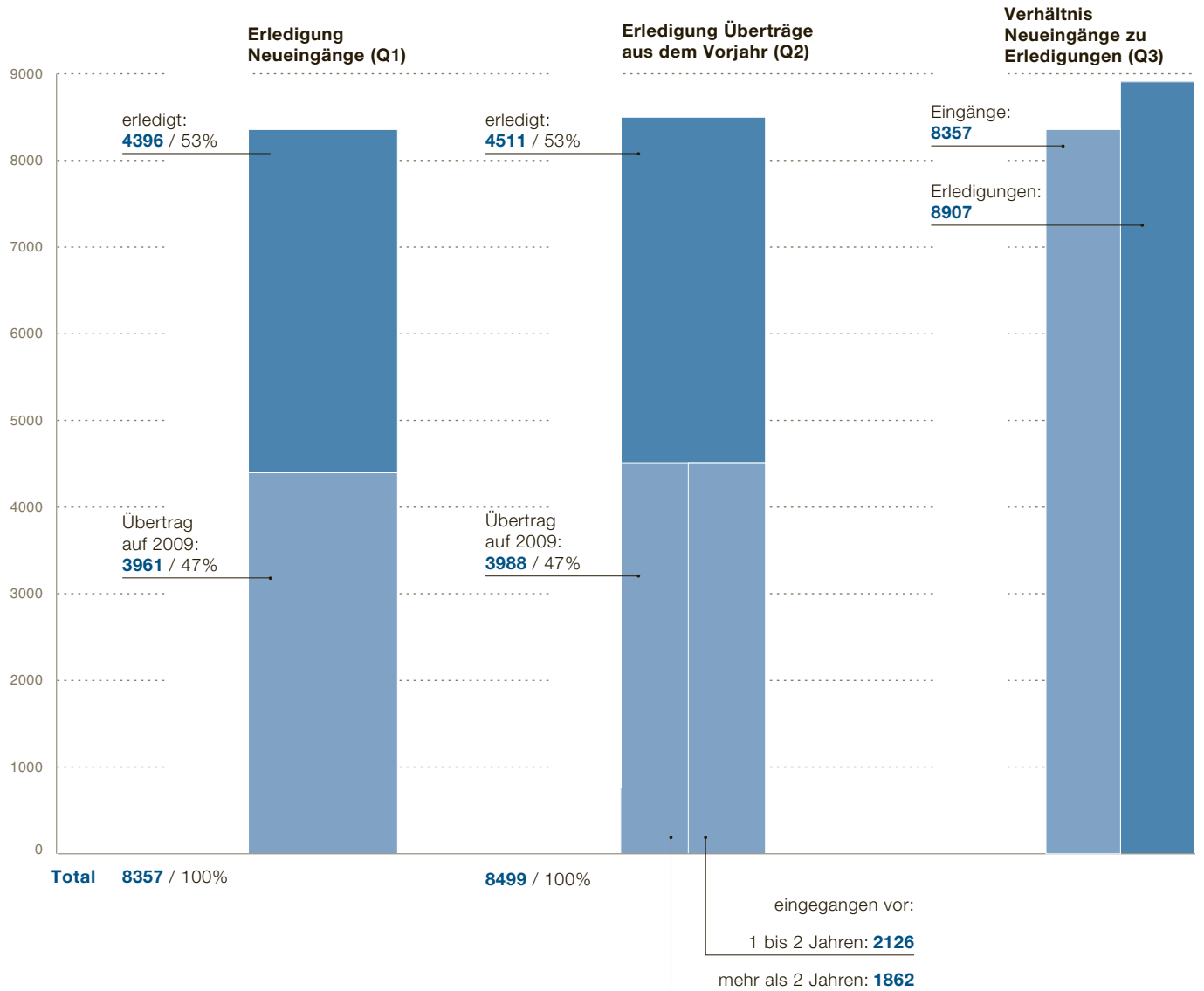
Erledigungsquotienten

Erledigung Neueingänge (Q1)

Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)

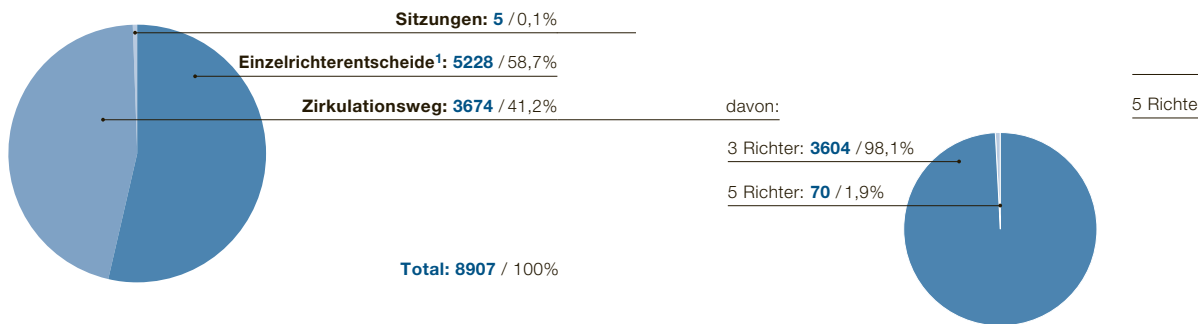
Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen (Q3)

	Neueingang 2008	davon Erledigung 2008	davon Übertrag auf 2009	Übernommene Geschäfte von 2007	davon Erledigung 2008	davon Übertrag auf 2009	Neueingang 2008	Erledigung 2008
Abteilung I	752	297 (39%)	455 (61%)	811	403 (50%)	408 (50%)	752	700 (93%)
Abteilung II	562	203 (36%)	359 (64%)	285	248 (87%)	37 (13%)	562	451 (80%)
Abteilung III	2796	1137 (41%)	1659 (59%)	2943	1782 (61%)	1161 (39%)	2796	2919 (104%)
Abteilung IV	2320	1559 (67%)	761 (33%)	2328	1106 (48%)	1222 (52%)	2320	2665 (115%)
Abteilung V	1927	1200 (62%)	727 (38%)	2132	972 (46%)	1160 (54%)	1927	2172 (113%)
Total	8357	4396 (53%)	3961 (47%)	8499	4511 (53%)	3988 (47%)	8357	8907 (107%)



Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidungsfindung)

	Einzelrichter	Zirkulationsweg			Sitzungen
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter
Beschwerden	4946	3502	70	3572	5
Klagen	-	1	-	1	-
Andere Rechtsmittel	113	16	-	16	-
Revisionsgesuche usw.	169	85	-	85	-
Total	5228¹	3604	70	3674	5

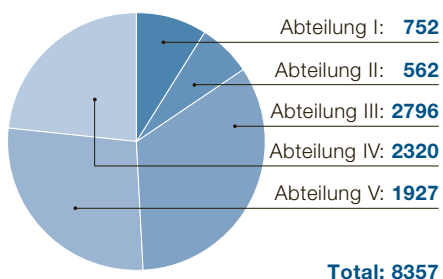


¹ Darin enthalten sind 1333 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

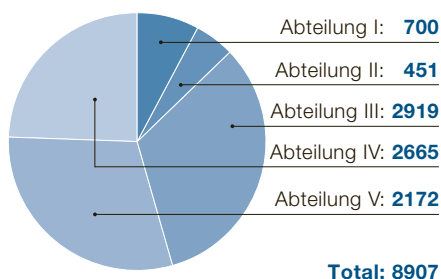
Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2007	Eingang 2008	Erledigung 2008	Übertrag auf 2009
Abteilung I				
Beschwerden	806	736	690	852
Klagen	1	4	1	4
Andere Rechtsmittel	3	9	5	7
Revisionsgesuche usw.	1	3	4	–
Total	811	752	700	863
Abteilung II				
Beschwerden	284	560	448	396
Klagen	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	1	1	2	–
Total	285	562	451	396
Abteilung III				
Beschwerden	2937	2766	2890	2813
Andere Rechtsmittel	3	16	15	4
Revisionsgesuche usw.	3	14	14	3
Total	2943	2796	2919	2820
Abteilung IV				
Beschwerden	2274	2168	2494	1948
Andere Rechtsmittel	4	50	53	1
Revisionsgesuche usw.	50	102	118	34
Total	2328	2320	2665	1983
Abteilung V				
Beschwerden	2091	1759	2001	1849
Andere Rechtsmittel	–	56	55	1
Revisionsgesuche usw.	41	112	116	37
Total	2132	1927	2172	1887
Gesamttotal	8499	8357	8907	7949

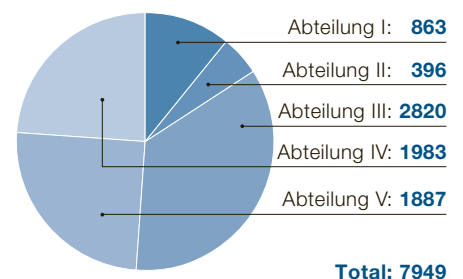
Eingang 2008



Erledigung 2008



Übertrag auf 2009



Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
Staat – Volk – Behörden						
610.00 Aus Art. 8 und 29 BV abgeleitete Rechte	-	-	-	-	-	-
611.00 Persönliche Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Menschenwürde (ohne Haftbeschwerde)	-	-	-	-	-	-
613.10 Meinungs- und Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Petitionsrecht	-	-	-	-	-	-
614.00 Bürgerrecht, Ausländerrecht, Asylrecht	6095	-	99	247	-	6441
614.10 Bürgerrecht	83	-	1	-	-	84
614.20 Ausländerrecht	1376	-	6	11	-	1393
614.40 Asylverfahren	4467	-	91	232	-	4790
614.60 Asyl Verschiedenes	74	-	1	4	-	79
614.70 Anerkennung der Staatenlosigkeit	8	-	-	-	-	8
614.80 Ausweisschriften	87	-	-	-	-	87
615.10 Staatshaftung (Bund)	9	-	-	-	-	9
617.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	32	-	-	1	-	33
619.00 Andere Grundrechte	-	-	-	-	-	-
620.00 Eigentumsgarantie	-	-	-	-	-	-
621.00 Stiftungsaufsicht	6	-	-	-	-	6
631.00 Strafprozess. Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-	-
632.10 Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren des Bundes	56	-	6	-	-	62
637.00 Amts- und Rechtshilfe	22	-	-	-	-	22
Total Staat – Volk – Behörden	6220	-	105	248	-	6573
Schule – Wissenschaft – Kultur						
639.99 Schule, Wissenschaft und Forschung	75	-	-	-	-	75
643.99 Sprache, Kunst und Kultur	5	-	-	-	-	5
646.00 Natur- und Heimatschutzrecht	3	-	-	-	-	3
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	83	-	-	-	-	83
Finanzen						
660.00 Subventionen	2	-	-	-	-	2
661.00 Zölle	40	-	-	1	-	41
662.00 Direkte Steuern	9	-	-	-	-	9
663.00 Stempelabgaben	-	-	-	-	-	-
664.00 Indirekte Steuern	207	-	1	-	-	208
664.10 Warenumsatzsteuer	2	-	-	-	-	2
664.20 Mehrwertsteuer	182	-	1	-	-	183
664.50 Schwerverkehrsabgabe	18	-	-	-	-	18
664.70 Verschiedene indirekte Steuern	5	-	-	-	-	5
665.00 Verrechnungssteuer	17	-	-	-	-	17
Total Finanzen	275	-	1	1	-	277
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr						
670.00 Raumplanung	-	-	-	-	-	-
671.00 Landumlegungen	-	-	-	-	-	-
672.00 Kantonales Baurecht	-	-	-	-	-	-
673.00 Enteignung	2	-	-	-	-	2
674.00 Energie	1	-	-	-	-	1
675.00 Strassenwesen	8	-	-	-	-	8
676.00 Öffentliche Werke des Bundes und Verkehr	182	-	-	1	-	183
676.10 Eisenbahnen	50	-	-	-	-	50
676.20 Nationalstrassen	8	-	-	-	-	8
676.30 Luftfahrtanlagen	41	-	-	-	-	41
676.40 Elektrische Anlagen	77	-	-	1	-	78
676.50 Übrige Anlagen	6	-	-	-	-	6
677.00 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	33	-	-	-	-	33
678.00 Post, Fernmeldewesen	46	-	2	1	-	49
679.00 Radio und Fernsehen	27	-	-	-	-	27
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	299	-	2	2	-	303

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit						
679.90 Gesundheit	1	-	-	-	-	1
680.00 Medizinalberufe	19	-	-	-	-	19
680.40 Heilmittel	29	-	1	-	-	30
680.50 Chemikalien	9	-	-	-	-	9
681.00 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	8	-	-	-	-	8
682.00 Krankheits- und Unfallbekämpfung	3	-	-	-	-	3
683.00 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	-	-	-	-	-	-
684.00 Arbeit (öffentliches Recht)	52	-	-	-	-	52
685.00 Sozialversicherung	1226	-	3	-	-	1229
685.01 Sozialversicherung AT	-	-	-	-	-	-
685.10 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	156	-	-	-	-	156
685.30 Invalidenversicherung (IV)	867	-	2	-	-	869
685.50 Berufliche Vorsorge	137	-	1	-	-	138
685.70 Krankenversicherung	12	-	-	-	-	12
685.80 Unfallversicherung	20	-	-	-	-	20
685.92 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	1	-	-	-	-	1
686.00 Familienzulagen. Landwirtschaft	-	-	-	-	-	-
686.20 Arbeitslosenversicherung	33	-	-	-	-	33
687.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	-	-	-	-	-
688.00 Fürsorge	25	-	-	1	-	26
Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit	1372	-	4	1	-	1377
Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit						
690.00 Wirtschaft (öffentliches Recht)	23	-	-	1	-	24
692.00 Preisüberwachung	-	-	-	-	-	-
693.00 Landwirtschaft	61	-	-	-	-	61
693.99 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
695.99 Handel, Kredit und Privatversicherung	45	-	-	-	-	45
699.00 Aussenhandel, Exportrisikogarantie	-	-	-	-	-	-
Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit	129	-	-	1	-	130
Diverse Rechtsgebiete						
709.90 Familienrecht	-	-	-	-	-	-
713.10 Familienrecht. Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
739.90 Obligationenrecht	14	-	-	-	-	14
741.20 Obligationenrecht. Landwirtschaftliche Pacht	-	-	-	-	-	-
748.10 Revisionsaufsicht	14	-	-	-	-	14
768.00 Handelsregister- und Firmenrecht	-	-	-	-	-	-
769.90 Geistiges Eigentum und Datenschutz	117	1	1	1	-	120
770.00 Marken-, Design- und Sortenschutz	93	-	1	1	-	95
771.00 Erfindungspatente	3	-	-	-	-	3
772.00 Urheberrecht	2	-	-	-	-	2
773.00 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	15	1	-	-	-	16
776.00 Kartellrecht	4	-	-	-	-	4
949.91 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	1	-	-	-	-	1
963.00 Verwaltungsstrafrecht	-	-	-	-	-	-
990.00 Übriges (diverse Rechtsgebiete)	6	-	16	-	-	22
Total diverse Rechtsgebiete	138	1	17	1	-	157
Landesverteidigung						
Total	7	-	-	-	-	7
Gesamttotal	8523	1	129	254	-	8907